

GROSSER RAT

Oktersession 2023

Anfrage Maissen betreffend Stärkung und Optimierung der Zusammenarbeit der Strafverfolgungsbehörden

Aus der Antwort der Regierung zum Auftrag Adank betreffend wirksame Mittel gegen die Beschaffungskriminalität geht hervor, dass insbesondere bei «Schnellverfahren» ein erhebliches Potential zur Optimierung der Zusammenarbeit der Strafverfolgungsbehörden besteht. So entsteht der Eindruck, dass sogenannte «einfache Sachverhalte» und die Klärung des Gerichtsstandes zu aufwändigeren Verfahren führen oder die Zuständigkeit möglichst andernorts begründet wird. Dies ist nicht nur zeit- und ressourcenaufwändig für die Staatsanwaltschaft, sondern verlangsamt auch die Fallbearbeitung. Derweil fühlt sich die Bevölkerung verunsichert und kann nicht verstehen, dass Dutzende von Delikten notwendig sind, bis etwas geschieht.

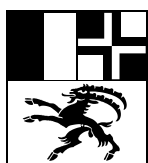
In Anlehnung an den Kanton Zürich, der pro Legislatur Schwerpunkte in der Strafverfolgung definiert, scheint es angebracht, dass die Zusammenarbeit zwischen Staatsanwaltschaft und Kantonspolizei optimiert wird. Dabei geht es insbesondere um durchgängige Arbeitsprozesse und eine zielorientierte Steuerung des Mitteleinsatzes, eine koordinierte Planung und die volle Ausnutzung der rechtlichen und tatsächlichen Spielräume zur Bearbeitung der Straffälle, insbesondere durch die Staatsanwaltschaft. In den Optimierungsmassnahmen der Aufgaben- und Leistungsüberprüfung 2022 (ALÜ) der Bündner Regierung greift der Kanton diese Schwerpunktbildung bei der Kantonspolizei zwar auf; hingegen fehlt jeglicher Hinweis dazu bei der Staatsanwaltschaft. Und dies obwohl die Regierung und insbesondere das zuständige Departement für Justiz der Staatsanwaltschaft verbindliche Weisungen für die administrative Wahrnehmung ihrer Aufgaben erteilen kann (EGzStPO Art. 6 Abs. 3; BR 350.100). Dazu gehört etwa die Einführung von Schnellverfahren oder die Umsetzung von Opportunitätsmassnahmen. - Die Zusammenarbeit bei der Präsenz und Kontrolltätigkeit zwischen der Kantonspolizei und der Stadtpolizei Chur im Rahmen der Beschaffungskriminalität ist in den letzten Monaten intensiviert worden. Optimierungspotenzial hingegen gibt es aber auch in der Zusammenarbeit mit Gemeinde-Polizeien.

Vor diesem Hintergrund gelangen die Unterzeichnenden mit folgenden Fragen an die Regierung:

1. Teilt die Regierung die Ansicht der Unterzeichnenden, dass es für eine effiziente Fallbearbeitung unerlässlich ist, dass die Staatsanwaltschaft ihren rechtlichen und tatsächlichen Spielraum zur Bearbeitung der Straffälle voll ausnutzt?
2. Wie nutzt die Regierung ihre verbindliche Weisungsbefugnis gemäss Art. 6 Abs. 3 EGzStPO gegenüber der Staatsanwaltschaft?
3. Welche Massnahmen sind aus Sicht der Regierung notwendig, um die Zusammenarbeit der Strafverfolgungsbehörden, namentlich der Staatsanwaltschaft und der Kantonspolizei, aber auch der Kantonspolizei und der Gemeinde-Polizeien, zu stärken und zu optimieren?
4. Welche Optimierungsmassnahmen plant die Regierung, um zum Beispiel die Beschaffungskriminalität sowie die Kleinkriminalität beispielsweise in Vermögenssachen und bei Wiederholungsgefahr in den Griff zu bekommen? Was ist der Zeit-horizont für die Umsetzung dieser Massnahmen?

Chur, 18. Oktober 2023

Maissen, Pfäffli, Cramer, Adank, Bergamin, Berther, Berweger, Bettinaglio, Binkert, Collenberg, Cortesi, Danuser (Cazis), Degiacomi, Derungs, Epp, Föhn, Furger, Gansner, Geisseler, Jochum, Koch, Kohler, Krättli, Lamprecht, Loepfe, Mani, Michael (Donat), Oesch, Righetti, Schneider, Spagnolatti, Ulber, Walser, Zanetti (Sent)



Sitzung vom

12. Dezember 2023

Mitgeteilt den

14. Dezember 2023

Protokoll Nr.

953/2023

Anfrage Maissen

betreffend Stärkung und Optimierung der Zusammenarbeit der Strafverfolgungsbehörden

Antwort der Regierung

Zu Frage 1: Die Staatsanwaltschaft nutzt bereits heute ihren Spielraum mit den vorhandenen Ressourcen sowohl in tatsächlicher wie in rechtlicher Hinsicht voll aus. Bei der Fallführung sind stets die rechtsstaatlichen und strafprozessualen Vorgaben wie Parteirechte einzuhalten resp. zu wahren. Dies wiederum kann auf Kosten der "zeitlichen Effizienz" gehen. Die Staatsanwaltschaft überprüft ihre Fallbearbeitung fortwährend und sucht stets nach noch effizienteren Abläufen, um den staatlichen Strafanspruch bestmöglichst zu erfüllen. Wenn die Anfrage mit einer effizienten Fallbearbeitung die zeitliche Komponente anspricht, sei daraufhin hingewiesen, dass dies stets im Spannungsverhältnis zu einer umfassenden Abklärung und teilweise zu den Erwartungen der Gerichte steht. Die Zusammenarbeit zwischen Staatsanwaltschaft und Kantonspolizei ist optimal.

Zu Frage 2: Die Strafbehörden sind gemäss Art. 4 Abs. 1 der Schweizerischen Strafprozessordnung (StPO; SR 312.0) in der Rechtsanwendung unabhängig und allein dem Recht verpflichtet. Gemäss Art. 14 Abs. 5 StPO regeln die Kantone die Aufsicht über ihre Strafbehörden. Die gesetzliche Regelung in Graubünden beschränkt die Aufsicht über die Staatsanwaltschaft auf eine administrative Dienstaufsicht durch die Regierung. Die fachliche Aufsicht erfolgt im Einzelfall durch die Gerichte. Die Aufsicht der Regierung beinhaltet im Wesentlichen die Überprüfung des äusseren Geschäftsgangs (Strategische Ziele, Geschäftsbericht etc.) und der Einhaltung des Beschleunigungsgebots. Im Gegensatz zum Kanton Zürich besteht keine gesetzliche Grundlage, dass die Regierung gegenüber der Staatsanwaltschaft Schwerpunkte in der Strafverfolgung setzen kann. Die Weisungsbefugnis beschränkt sich deshalb, anders als z.B. bei der Kantonspolizei, auf administrative Belange. Aus dem Grundsatz der Unabhängigkeit ergibt sich ein Einmischungsverbot und die Regierung kann der Staatsanwaltschaft im Einzelfall keine Weisungen erteilen. Auch eine Weisung an die Staatsanwaltschaft, dass sie sog. Schnellverfahren einführt, fällt deswegen ausser Betracht. Dasselbe gilt für die Anwendung von konkreten Opportunitätsmassnahmen. Die Staatsanwaltschaft

hat sich dazu bereit erklärt, in Absprache mit dem Departement für Justiz, Sicherheit und Gesundheit und der Kantonspolizei über eine Priorisierung und Schwerpunktbildung zu diskutieren und solche Massnahmen überall dort umzusetzen, wo es zu einer Effizienzsteigerung führt.

Zu Frage 3: Primär sind die im Regierungsprogramm 2025-2028 und in der Aufgaben- und Leistungsüberprüfung (ALÜ) festgehaltenen Massnahmen und Ziele umzusetzen und zu erreichen. Die Staatsanwaltschaft und die Kantonspolizei greifen zur Reduktion des administrativen Aufwands und des Datenvolumens bereits auf gemeinsame Daten zu und intensivieren die Zusammenarbeit in definierten Fachbereichen. Bei der Vermögensabschöpfung im Bereich der organisierten Kriminalität sind Kooperationsverhandlungen mit den Zürcher Behörden im Gang. Im Bereich des interkantonalen und innerkantonalen automatisierten Datenaustauschs sind gesetzliche Grundlagen zu schaffen, damit eine effizientere Zusammenarbeit erfolgen kann. Mit der Umsetzung des Projekts Harmonisierung in der Strafjustiz (HIS) wird im Endausbau ein automatisierter Datenaustausch angestrebt. Zwischen der Kantonspolizei und der Stadtpolizei Chur besteht eine optimale Zusammenarbeit. Die Aufgaben- und Kompetenzdelegation an die Stadtpolizei wird laufend bezüglich Effizienz und Effektivität überprüft und notwendige Anpassungen werden vorgenommen. Bei den übrigen Gemeinden definieren die Kantonsverfassung und u.a. das Polizeigesetz des Kantons Graubünden (PolG; BR 613.000) die Zusammenarbeit und die den Gemeinden zugewiesenen Aufgaben.

Zu Frage 4: Diese Frage wurde in der Antwort zum Auftrag Adank (Regierungsbeschluss vom 29.08.2023, Prot. Nr. 700/2023) betreffend wirksame Mittel gegen Beschaffungskriminalität erläutert. Die Situation kann nur durch gesamtheitliche Massnahmen verbessert werden. Es handelt sich um eine kommunale und kantonale Verbundaufgabe auf politischer und fachlicher Ebene. Die von der Regierung in Auftrag gegebene Strategie Sucht betrifft diesen Themenbereich. Die konsequente Umsetzung der darin definierten Handlungsfelder und Massnahmen sollen zu einer Verbesserung der Situation im Bereich der Suchtproblematik und zu einer Reduktion der Beschaffungskriminalität beitragen. Es handelt sich bei allen Massnahmen um eine Daueraufgabe ohne bestimmten Zeithorizont.



Namens der Regierung

Der Präsident:

A stylized, handwritten signature in black ink, consisting of several loops and a long horizontal stroke.

Peter Peyer

Der Kanzleidirektor:

A stylized, handwritten signature in black ink, featuring a prominent 'M' shape and several vertical strokes.

Daniel Spadin

CUSSEGL GROND

Sessiun d'october 2023

Dumonda Maissen concernent il rinforzament e l'optimaziun da la collavuraziun da las autoritads da persecuziun penala

Da la resposta da la Regenza a l'incumbensa Adank concernent meds legals efficazis cunter la criminalitad liada a l'acquisiziun da drogas resorta, ch'i dat in potenzial considerabel d'optimar la collavuraziun da las autoritads da persecuziun penala en spezial en «proceduras directas». Quai sveglia l'impressiun, che uschenumnads «fatgs simpels» ed il scleriment tras la dretgira cumpetenta chaschunian proceduras memia lungas u che la cumpetenzza vegnia localisada sche pussaivel en in auter lieu. Quai na dovra betg mo bler temp e bleras resursas tar la Procura publica, mabain procura er ch'ils cas vegnan elavurads pli plaun. Entant sa senta la populaziun malsegira e na po betg chapir, ch'i dovra dunsainas da cas, per ch'i capita insatge.

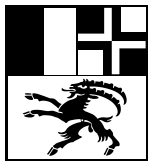
Sa basond sin il chantun Turtig, che definescha per mintga legislatura accents en la persecuziun penala, pari dad esser inditgà, che la collavuraziun tranter la Procura publica e la Polizia chantunala vegn optimada. Quai pertutga cunzunt ils process da lavur generals ed il diever dals meds finanzials tenor finamiras, la planisaziun coordinada e l'explotaziun cumplaina da las libertads d'agir giuridicas ed effectivas per elavurar cas penals, en spezial tras la Procura publica. En las mesiras d'optimaziun da l'Examinaziun da las incumbensas e da las prestaziuns 2022 (EIP) da la Regenza grischuna tracta il chantun bain quests accents tar la Polizia chantunala, percenter manca tutta infurmaziun en chausa tar la Procura publica. E quai malgrà che la Regenza ed en spezial il departament cumpetent per la giustia po dar a la Procura publica directivas liantas davart l'adempliment administrativ da sias incumbensas (art. 6 al. 3 LItCPP; DG 350.100). Latiers tutga per exempel l'introducziun da proceduras directas u la realisaziun da mesiras d'opportunitad. - La collavuraziun tranter la Polizia chantunala e la Polizia da la citad da Cuira en connex cun la preschientscha e cun l'activitad da controlla en il rom da la criminalitad liada a l'acquisiziun da drogas è vegnida intensivada ils ultims mais. In potenzial d'optimaziun datti dentant er en la collavuraziun cun las polizias communalas.

Sut quest aspect sa drizzan las sutsegnadras ed ils sutsegnaders a la Regenza cun las suandantas dumondas:

1. È la Regenza er da l'opiniun da las sutsegnadras e dals sutsegnaders, ch'igl è indispensabel che la Procura publica dovra tut sias libertads d'agir giuridicas ed effectivas per elavurar ils cas penals en moda effizienta?
2. Co fa la Regenza diever da sia cumpetenzza da dar directivas liantas a la Procura publica tenor l'art. 6 al. 3 LItCPP?
3. Tge mesiras èn ord vista da la Regenza necessarias per rinforzar e per optimar la collavuraziun da las autoritads da persecuziun penala, en spezial da la Procura publica e da la Polizia chantunala, ma er da la Polizia chantunala e da las polizias communalas?
4. Tge mesiras d'optimaziun planisescha la Regenza per survegnir sut controlla per exempel la criminalitad liada a l'acquisiziun da drogas e la criminalitad pitschna, per exempel en fatgs da facultad u en cas dal privel da recidiva? Co è l'urari per realisar questas mesiras?

Cuira, ils 18 d'october 2023

Maissen, Pfäffli, Cramer, Adank, Bergamin, Berther, Berweger, Bettinaglio, Binkert, Collenberg, Cortesi, Danuser (Cazas), Degiacomi, Derungs, Epp, Föhn, Furger, Gansner, Geisseler, Jochum, Koch, Kohler, Krättli, Lamprecht, Loepfe, Mani, Michael (Donat), Oesch, Righetti, Schneider, Spagnolatti, Ulber, Walser, Zanetti (Sent)



Sesida dals

Communitgà ils

Protocol nr.

12 da december 2023

14 da december 2023

953/2023

Dumonda Maissen

concernent il rinforzament e l'optimaziun da la collavuraziun da las autoritads da
persecuziun penala

Resposta da la Regenza

Tar la dumonda 1: La Procura publica tira gia oz a niz cumplainamain sia libertad d'agir giuridica ed effectiva cun las resursas ch'èn avant maun. Ils cas ston adina vegnir manads tenor las prescripziuns dal stadi da dretg e da la procedura penala, sco p.ex. dretgs da las partidas. Quai po dentant ir sin donn e cust da la «effizienz temporal». La Procura publica examinescha permanentamain l'elavuraziun dals cas e tschertga adina andaments anc pli effizients per ademplir optimalmain il dretg statal da chastiar. Sche questa dumonda tematisescha la cumponenta temporal, saja renvià al fatg, che l'elavuraziun effizienta dals cas stat adina en ina relaziun da tensiun cun scleriments detagliads e per part cun las aspectativas da las dretgiras. La collavuraziun tranter la Procura publica e la Polizia chantunala è optimala.

Tar la dumonda 2: Tenor l'art. 4 al. 1 dal Cudesch da procedura penala svizzer (CPP; CS 312.0) èn las autoritads penalas independentas en l'applicaziun dal dretg e sutta-messas mo al dretg. Tenor l'art. 14 al. 5 CPP reglan ils chantuns la surveglianza da lur autoritads penalas. La regulaziun legala en il Grischun restrenscha la surveglianza da la Procura publica ad ina surveglianza ierarchica administrativa tras la Regenza. La surveglianza professiunala vegn fatga en il cas singul tras las dretgiras. La surveglianza tras la Regenza cumpiglia en emprima lingia l'examinaziun da l'andament extern da las fatschentas (finamiras strategicas, rapport da gestiun e.u.v.) e da l'observaziun dal princip d'acceleraziun. Cuntrari al chantun Turitg n'exista nagina basa legala, tenor la quala la Regenza po metter prioritads per la Procura publica en la persecuziun penala. La cumpetenzza da dar directivas è perquai restrenschiada a dumondas administrativas, auter che p.ex. tar la Polizia chantunala. Pervia dal princip da l'indipendenza resulta in scumond d'intervenziun, uschia che la Regenza na po betg dar directivas a la Procura publica en il cas singul. Perquai n'èsi er betg pussaivel da prescriber a la Procura publica, ch'ella introduceschia uschenumnadas proceduras sveltas. Il medem vala per l'applicaziun da mesiras d'opportunitad concretas. La Procura publica è sa declarada pronta da discutir davart la priorisaziun e davart

la fixaziun d'accents, en enclegientscha cun il Departament da giustia, segirezza e sanadad e cun la Polizia chantunala, sco er da realisar talas mesiras dapertut là, nua ch'ellas augmentan l'effizienz.

Tar la dumonda 3: En emprima lingia ston vegnir realisadas las mesiras e cuntanschidas las finamiras ch'èn fixadas en il Program da la Regenza 2025–2028 ed en l'examinaziun da las incumbensas e da las prestaziuns (EIP). Per reducir la lavur administrativa ed il volumen da datas sa servan la Procura publica e la Polizia chantunala gia oz da datas cuminaivlas ed intensiveschan la collavuraziun en champs definids. En connex cun la prelevaziun da facultad en il sector da la criminalitad organisada vegnan actualmain manadas tractativas da cooperaziun cun las autoritads turitgaisas. En il sector dal barat da datas automatisà tranter ils chantuns ed entaifer il chantun ston vegnir stgaffidas basas legalas per cuntanscher ina collavuraziun pli effizienta. Cun la realisaziun dal project Armonisaziun da l'informatica en la giustia penala (AIGP) vegn prendì en mira la finala in barat da datas automatisà. La collavuraziun tranter la Polizia chantunala e la Polizia da la citad da Cuir è optimala. La delegaziun d'incumbensas e da cumpetenzas a la Polizia da la citad vegn examinada cuntinuadamain areguard l'effizienz ed areguard l'efficacitad. Sche necessari vegnan fatgas adattaziuns. Tar las ulteriuras vischnancas defineschan la Constituziun chantunala e tranter auter la Lescha da polizia dal chantun Grischun (LPol; DG 613.000) la collavuraziun e las incumbensas ch'èn attribuidas a las vischnancas.

Tar la dumonda 4: Questa dumonda è vegnida explitgada en la resposta a l'incumbensa Adank (conclus da la Regenza dals 29-08-2023, prot. nr. 700/2023) concernent meds legals efficacis cunter la criminalitad liada a l'acquisiziun da drogas. La situaziun po mo vegnir meglierada tras mesiras complessivas. Quai è ina incumbensa cuminaivla da las vischnancas e dal chantun sin plaun politic sco er sin plaun professiunal. La Strategia chantunala Dependenzas ch'è vegnida elavurada per incumbensa da la Regenza, concerna quest sector tematic. La realisaziun consequenta dals champs d'acziun e da las mesiras definidas en tala, duain gidar a meglierar la situaziun en il sector da la problematica da dependenza ed a reducir la criminalitad liada a l'acquisiziun da drogas. Tut las mesiras èn incumbensas permanentas senza orizont da temp specific.



En num da la Regenza

Il president:

Peter Peyer

Il cancellier:

Daniel Spadin

GRAN CONSIGLIO

Sessione di ottobre 2023

Interpellanza Maissen concernente il rafforzamento e l'ottimizzazione della collaborazione tra le autorità di perseguimento penale

Dalla risposta del Governo all'incarico Adank concernente mezzi efficaci contro la criminalità legata all'acquisto di stupefacenti risulta che esiste un elevato potenziale per ottimizzare la collaborazione tra le autorità di perseguimento penale, in particolare per quanto riguarda le «procedure immediate». Se ne ricava l'impressione che le cosiddette «fattispecie semplici» e il chiarimento del foro competente comportino procedure più onerose o che la competenza venga ricercata possibilmente in seno a un'altra autorità. Ciò non soltanto è oneroso per la Procura pubblica in termini di tempo e di risorse, bensì rallenta anche l'elaborazione dei casi. Nel frattempo la popolazione si sente insicura e non riesce a capire come siano necessarie dozzine di delitti affinché qualcosa si muova.

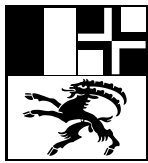
Sulla base di quanto accade nel Cantone di Zurigo, dove per ogni legislatura vengono definiti dei punti centrali nel perseguimento penale, sembra appropriato che la collaborazione tra la Procura pubblica e la Polizia cantonale venga ottimizzata. In questo contesto si tratta in particolare di processi lavorativi continui e di una gestione orientata agli obiettivi dell'impiego dei mezzi, di una pianificazione coordinata e del pieno sfruttamento dei margini di manovra giuridici ed effettivi per l'elaborazione di casi penali, in particolare da parte della Procura pubblica. Nelle misure di ottimizzazione del riesame dei compiti e delle prestazioni 2022 (RCP) del Governo grigionese il Cantone affronta sì questa definizione di punti centrali per quanto riguarda la Polizia cantonale, per contro manca qualsiasi riferimento in merito alla Procura pubblica. E ciò nonostante il Governo e in particolare il competente Dipartimento di giustizia possa rilasciare alla Procura pubblica direttive vincolanti in merito all'adempimento amministrativo dei suoi compiti (art. 6 cpv. 3 LACPP; CSC 350.100). Vi rientra ad esempio l'introduzione di procedure immediate o l'attuazione di misure di opportunità. Negli ultimi mesi la collaborazione in termini di presenza e di attività di controllo tra la Polizia cantonale e la polizia della Città di Coira nel quadro della criminalità legata all'acquisto di stupefacenti è stata intensificata. Del potenziale di ottimizzazione esiste però anche nella collaborazione con le polizie comunali.

Fatte queste premesse, le firmatarie e i firmatari pongono al Governo le seguenti domande:

1. Il Governo condivide l'opinione delle firmatarie e dei firmatari secondo cui per un'elaborazione efficiente dei casi è indispensabile che la Procura pubblica sfrutti appieno il suo margine di manovra giuridico ed effettivo per l'elaborazione dei casi penali?
2. Come sfrutta il Governo la sua facoltà di impartire istruzioni vincolanti alla Procura pubblica conformemente all'art. 6 cpv. 3 LACPP?
3. Secondo il Governo quali misure sono necessarie per rafforzare e ottimizzare la collaborazione tra le autorità di perseguimento penale, segnatamente tra la Procura pubblica e la Polizia cantonale, ma anche tra la Polizia cantonale e le polizie comunali?
4. Quali misure di ottimizzazione prevede il Governo per tenere sotto controllo ad esempio la criminalità legata all'acquisto di stupefacenti e la microcriminalità, ad esempio in questioni patrimoniali e in caso di pericolo di recidiva? Qual è l'orizzonte temporale per l'attuazione di queste misure?

Coira, 18 ottobre 2023

Maissen, Pfäffli, Crameri, Adank, Bergamin, Berther, Berweger, Bettinaglio, Binkert, Collenberg, Cortesi, Danuser (Cazis), Degiacomi, Derungs, Epp, Föhn, Furger, Gansner, Geisseler, Jochum, Koch, Kohler, Krättli, Lamprecht, Loepfe, Mani, Michael (Donat), Oesch, Righetti, Schneider, Spagnolatti, Ulber, Walser, Zanetti (Sent)



Seduta del

12 dicembre 2023

Comunicato il

14 dicembre 2023

Protocollo n.

953/2023

Interpellanza Maissen

concernente il rafforzamento e l'ottimizzazione della collaborazione tra le autorità di perseguimento penale

Risposta del Governo

In merito alla domanda 1: già oggi la Procura pubblica sfrutta appieno, sia dal punto di vista materiale sia da quello giuridico, il proprio margine di manovra con le risorse a disposizione. Nella gestione dei casi occorre sempre rispettare e salvaguardare le direttive dello stato di diritto e di procedura penale quali i diritti delle parti. Ciò a sua volta può andare a scapito della "efficienza in termini di tempi". La Procura pubblica verifica costantemente la propria elaborazione dei casi ed è sempre alla ricerca di processi ancora più efficienti al fine di soddisfare al meglio la pretesa punitiva dello Stato. Se con elaborazione efficiente dei casi l'interpellanza si riferisce alla componente temporale, si richiama l'attenzione sul fatto che ciò è sempre correlato all'esigenza di accertamenti completi e in parte alle aspettative dei tribunali. La collaborazione tra la Procura pubblica e la Polizia cantonale è ottimale.

In merito alla domanda 2: in conformità all'art. 4 cpv. 1 del Codice di diritto processuale penale svizzero (CPP; RS 312.0), nell'applicazione del diritto le autorità penali sono indipendenti e sottostanno soltanto al diritto. Conformemente all'art. 14 cpv. 5 CPP, i Cantoni disciplinano la vigilanza sulle rispettive autorità penali. Le norme legislative nei Grigioni limitano la vigilanza sulla Procura pubblica a una vigilanza gerarchica di carattere amministrativo da parte del Governo. La vigilanza materiale viene esercitata caso per caso dai tribunali. La vigilanza da parte del Governo include sostanzialmente la verifica dell'andamento degli affari esterni (obiettivi strategici, rapporto di gestione, ecc.) e il rispetto del principio di celerità. Diversamente dal Cantone di Zurigo, non esiste una base legale che permetta al Governo di definire dei punti centrali nel perseguimento penale a destinazione della Procura pubblica. La facoltà di impartire istruzioni si limita perciò a questioni amministrative, diversamente da quanto vale ad es. con riguardo alla Polizia cantonale. Da questo principio di indipendenza risulta un divieto di interferire e il Governo non può impartire alla Procura pubblica istruzioni nel singolo caso. Perciò non entra nemmeno in considerazione un'istruzione data alla Procura pubblica affinché introduca procedure immediate. Lo stesso vale per l'applica-

zione di misure di opportunità concrete. La Procura pubblica si è detta disposta a discutere dell'attribuzione di priorità e della creazione di punti centrali in accordo con il Dipartimento di giustizia, sicurezza e sanità e con la Polizia cantonale e ad attuare tali misure ovunque ciò comporti un incremento dell'efficienza.

In merito alla domanda 3: in primo luogo devono essere attuati e raggiunti gli obiettivi e le misure stabiliti nel programma di Governo 2025-2028 e nel riesame dei compiti e delle prestazioni (RCP). Per ridurre l'onere amministrativo e il volume di dati, la Procura pubblica e la Polizia cantonale fanno già ora capo a dati in comune e stanno intensificando la collaborazione in settori specialistici definiti. Per quanto riguarda la sottrazione patrimoniale nel settore della criminalità organizzata sono in corso trattative di cooperazione con le autorità zurighesi. Nel settore dello scambio di dati automatizzato a livello cantonale e intercantonale occorre creare basi legali che permettano una collaborazione più efficace. Con l'attuazione del progetto di armonizzazione dell'informatica della giustizia penale (AIGP) si mira, nella versione definitiva, a uno scambio di dati automatizzato. La collaborazione tra la Polizia cantonale e la polizia della Città di Coira è ottimale. La delega di compiti e competenze alla polizia della Città di Coira viene verificata su base continua con riguardo a efficienza ed efficacia e vengono effettuati i necessari adeguamenti. Per quanto riguarda i rimanenti comuni, la collaborazione e i compiti attribuiti ai comuni sono definiti dalla Costituzione cantonale e tra l'altro dalla legge sulla polizia del Cantone dei Grigioni (LPol; CSC 613.000).

In merito alla domanda 4: tale questione è stata affrontata nella risposta all'incarico Adank (decreto governativo del 29.08.2023, prot. n. 700/2023) concernente mezzi efficaci contro la criminalità legata all'acquisto di stupefacenti. È possibile migliorare la situazione soltanto adottando misure globali. Si tratta di un compito congiunto di comuni e Cantone a livello politico e tecnico. La strategia dipendenze commissionata dal Governo concerne questo ambito tematico. L'attuazione sistematica delle aree d'intervento e delle misure in essa definite è intesa a migliorare la situazione nel settore della problematica relativa alle dipendenze e a contribuire alla riduzione della criminalità legata all'acquisto di stupefacenti. Tutte le misure rappresentano un compito permanente privo di un orizzonte temporale determinato.



In nome del Governo

Il Presidente:

Peter Peyer

Il Cancelliere:

Daniel Spadin